

# Gemeinderat strebt wieder Fusion an

**Fällanden** Die Fusion zwischen Schule und Politischer Gemeinde scheiterte bereits 2017 an einer Urnenabstimmung. Trotzdem nimmt der Gemeinderat den Gedanken eines Zusammenschlusses wieder auf.

**Kevin Weber**

Mit der Einheitsgemeinde ist es in Fällanden so eine Sache: Eine erste Initiative zum Zusammenschluss zwischen Schul- und Politischer Gemeinde wurde von Dietrich Hunkeler (CVP) und Maia Ernst (GLP) bereits vor über zehn Jahren gestartet. Damals stiess das Vorhaben bei der Politischen Gemeinde aber auf wenig Interesse. Als die Einheitsgemeinde im Mai 2017 erstmals vor die Urne kam, sagte die Bevölkerung Nein zur geplanten Fusion. Nachdem die Schulgemeinde in den vergangenen Monaten mit finanziellen Problemen zu kämpfen hatte, brachten einige Lokalpolitiker den Gedanken einer Einheitsgemeinde wieder ins Spiel. Und nun startet auch der Gemeinderat einen erneuten Versuch für einen Zusammenschluss mit der Schule.

## Gemeindeordnung kippte Einheitsgemeinde

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die Gründe für den erlittenen Schiffbruch an der Urne anderem geschuldet waren. «In politischen Kreisen wird die Meinung vertreten, dass sich die Ablehnung weniger gegen die Einheitsgemeinde, sondern vielmehr gegen das Vorgehen und andere strittige Punkte in der neuen Gemeindeordnung richtete», schreibt die Behörde in der Mitteilung. Auch Gemeindepräsident Tobias Diener (FDP) bestätigt dies: «Der Gemeinderat ist sich sicher, dass die Bevölkerung sowie die Ortsparteien grösstenteils für eine Einheitsgemeinde waren.» Deshalb habe man innerhalb der Behörde entschlossen, das Thema wieder aufzunehmen.

Diesmal will der Gemeinderat die Sache jedoch anders angehen. Er schlägt ein zweistufiges Verfahren vor, bei dem die Bevölkerung zunächst über die Bildung einer Einheitsgemeinde abstimmen kann. «Im geplanten Prozess sollen die Stimmberechtigten die Möglichkeit haben, eine differenzierte Meinung zu äussern», schreibt die Behörde. Erst danach soll in einem zweiten Schritt über die neue Gemeindeordnung entschieden werden. «Es ist ein möglicher Prozessweg. Das muss nicht der richtige sein, aber so kann sich die Bevölkerung umfassend äussern», sagt Diener.

rechtingen die Möglichkeit haben, eine differenzierte Meinung zu äussern», schreibt die Behörde. Erst danach soll in einem zweiten Schritt über die neue Gemeindeordnung entschieden werden. «Es ist ein möglicher Prozessweg. Das muss nicht der richtige sein, aber so kann sich die Bevölkerung umfassend äussern», sagt Diener.

## Vorteil bei der Zentrumsentwicklung

Innerhalb des Prozesses sollen gemäss dem Gemeinderat neu auch Themen wie die von zahlreichen Einwohnern geforderte Bildung einer Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) behandelt werden. Gemäss Tobias Diener ist vorgesehen, dass die GRPK zur Abstimmung gebracht wird, trotzdem beäugt er die Kommission kritisch: «Die Idee dazu entstand durch Misstrauen gegenüber der Behörde. Mit einer GRPK würde dieses Misstrauen nur noch mehr instrumentalisiert werden.»

Die Einheitsgemeinde hat für den Gemeindepräsidenten dagegen mehrere Vorteile. Als konkretes Beispiel nennt Diener die Zentrumsentwicklung. «So hätten wir ideale Voraussetzungen, um ein Zentrum zu gestalten, das junge und alte Menschen anspricht.» Zurzeit hätten beide Gemeinden die Rechte an verschiedenen Gebäuden rund um das Zentrum. «Mit einer Fusion könnte man dies optimieren.»

## «Die Schule braucht die Einheitsgemeinde nicht»

Weniger euphorisch blickt man bei der Schulpflege der Wiederaufnahme des Themas entgegen. «Ist es für die Schule gut, wenn die Schulgemeinde abgeschafft wird? Die Schule braucht die Einheitsgemeinde nicht», sagt Schulpräsident Bruno Loher (SP). Allgemein finde es die Schulpflege «eher merkwürdig», dass der Gemeinderat das Thema überstürzt wieder aufs Tapet bringe. «Die Abstimmung war



Geht es nach dem Gemeinderat, sollen Schule und Politische Gemeinde fusionieren. Archivfoto: PD

erst vor knapp zwei Jahren, und die Bevölkerung hat sich damals gegen die Übernahme der Schule durch den Gemeinderat entschieden», so Loher.

## «Will man fusionieren, geht man aufeinander zu»

Vielmehr vermisse er die Zusammenarbeit mit der Politischen Gemeinde: «Sie hat den Beschluss für die Wiederaufnahme gefällt, ohne sich vorher mit der Schulpflege an einen Tisch zu setzen.» Das bestätige auch die Tatsache, dass die Schule in der Medienmitteilung mit fast keinem Wort erwähnt werde. «Wenn man mit jemandem fusionieren will, geht

man doch aufeinander zu», so Loher. Gemäss dem Schulpräsidenten könnten die aktuellen Brennpunkte durch die Bildung einer Einheitsgemeinde nicht behoben werden: «Die Finanzen sind unser grösstes Problem, und die werden auch bei einem Zusammenschluss nicht besser.»

man doch aufeinander zu», so Loher.

Gemäss dem Schulpräsidenten könnten die aktuellen Brennpunkte durch die Bildung einer Einheitsgemeinde nicht behoben werden: «Die Finanzen sind unser grösstes Problem, und die werden auch bei einem Zusammenschluss nicht besser.»

## Ortsparteien unterstützen Einheitsgemeinde mehrheitlich

Die Pläne des Gemeinderats stossen bei den Fällander Ortsparteien grösstenteils auf Zustimmung. «Wir sprechen uns für eine Einheitsgemeinde aus. So wären beispielsweise auch Fragen bezüglich der Steuerbezugskosten erledigt», sagt SVP-Präsident Rico Hauser. Und auch CVP-Präsident Dietrich Hunkeler sagt, dass seine Partei klar für eine Einheitsgemeinde sowie die geplante Bildung einer GRPK sei.

«Die heutigen Kompetenzen der RPK sind zu schwach. Sie kann nicht genügend Stellung nehmen.» Die GLP teilt ebenfalls mit, dass sie die Bildung einer Einheitsgemeinde immer unterstützt habe und das Vorgehen des Gemeinderats begrüsse. Ähnlich sieht es die FDP: «Wir haben uns in der Vergangenheit stets positiv für eine Einheitsgemeinde ausgesprochen», sagt Parteipräsident Jörg Kessler.

Anders sieht es einzig SP-Präsidentin Anneliese Schnoz. Die Partei selbst müsse sich erst noch positionieren, bisher habe man die Einheitsgemeinde aber nicht unterstützt.

«Persönlich bin ich dagegen», sagt die ehemalige Schulpräsidentin von Fällanden. «Für die Schulpflege wäre es ein gewisser Autonomieverlust. Sie hätte im Gemeinderat dann nur noch eine Stimme.» (kev)

# Schulbehörde Mönchaltorf verliert zwei Mitglieder

**Mönchaltorf** Zwei Schulbehördenmitglieder traten Ende März von ihren Ämtern zurück.

Eric Andermatt (parteilos) und Claudia Nef (FDP) sind per Ende März aus der Schulbehörde von Mönchaltorf ausgetreten, dies gibt die Schule Mönchaltorf in einer Mitteilung bekannt. «Die drei verbleibenden Schulbehördenmitglieder bedauern, dass unterschiedliche Auffassungen über die Führung der Schule zu diesem Schritt geführt haben», heisst es. Und: «Leider sind zuvor die Bemühungen innerhalb der Behörde gescheitert, eine gemeinsame Haltung zu finden.»

Nef und Andermatt sagen nichts zu ihrem Abgang und verweisen auf Schulpräsident Hans-Rudolf Galliker (FDP). Dieser sagt, dass einem kooperativen Führungsverständnis gegenüber der Schulleitung und der Schulverwaltung ein eher hierarchisch geprägtes Führungsverständnis gegenüberstand. Ins Detail gehen will Galliker – ge-

bunden ans Amtsgeheimnis – nicht weiter. Galliker sagt aber, er stehe dem kooperativen Führungsverständnis nahe. Seiner Meinung nach benötigten die Schulleitenden einen angemessenen Gestaltungsspielraum für ihre Arbeit.

## Treffen ohne Ergebnis

Hans-Rudolf Galliker betont, dass Nef und Andermatt nicht zum Rücktritt gedrängt worden seien. Vielmehr habe man noch versucht, bei einer Mediation mit Gemeindepräsident Urs Graf (FDP) die Differenzen aus dem Weg zu räumen. Doch ein Kompromiss sei bei der Zusammenkunft nicht gefunden worden, sagt Galliker. Danach hätten sich Nef und Andermatt dazu entschieden, die Behörde zu verlassen.

Beide waren seit 2014 Mitglied der Schulpflege. Claudia Nef war federführend bei der Neuorga-

## «Claudia Nef und Eric Andermatt wurden nicht zum Rücktritt gedrängt.»

**Hans-Rudolf Galliker (FDP)**  
Schulpräsident Mönchaltorf

nisation und dem schrittweisen Ausbau der schulischen Tagesstrukturen, des KidzClubs. Eric Andermatt war verantwortlich für die Finanzen und hatte auch die Leitung für die Schulraumerweiterung im letzten Jahr inne.

## Drei für fünf

Ad interim übernimmt Schulpflegemitglied Ivan Rüegg (SVP) die Aufgaben von Nef und Galliker diejenigen von Andermatt. Das dritte Mitglied, Künsang Schneider-Gangshontsang (parteilos), helfe punktuell da, wo es gerade nötig sei. Galliker ist zuversichtlich, dass die Ausfälle vorübergehend kompensiert werden können. Auch Gemeindepräsident Graf habe für den Notfall Hilfe angeboten.

Der Parteilose Andermatt wurde damals von der SP portiert. Wie die Mönchaltorfer SP-Präsidentin Annemarie Portmann sagt, wird man wieder

einen passenden Kandidaten unterstützen. «Wer das sein wird, werden wir in einer nächsten Sitzung besprechen.»

Bei der FDP soll die zurückgetretene Claudia Nef durch eine Kandidatin oder einen Kandidaten aus den eigenen Reihen ersetzt werden. Wie Patrick Scheidegger, Vorstandsmitglied der FDP Mönchaltorf, sagt, wird der Nachfolgekandidat vorerst aber noch nicht bekannt gegeben.

Die Nachfolger werden in einer stillen Wahl bestimmt, wenn sich nur zwei Kandidaten fürs Amt bewerben. Falls sich mehrere Kandidaten für die beiden Sitze bewerben, kommt es zur Kampfwahl, die am 1. September stattfinden wird. Allenfalls ist ein zweiter Wahlgang erforderlich. «Das wäre wegen der Verzögerung nicht gut für uns», sagt Galliker.

**David Marti**

## Ernst Stocker redet am Ustertag

**Uster** Er wurde am 24. März mit dem drittbesten Resultat wieder in den Zürcher Regierungsrat gewählt. Am 17. November wird der bodenständige Politiker Ernst Stocker (SVP) am Ustertag als Hauptredner auftreten.

Nach einem Bildungsvertreter, einer Dirigentin und einem Militärist ist dieses Jahr wieder einmal ein Politiker an der Reihe beim Ustertag. Am 17. November wird der Zürcher Regierungsrat Ernst Stocker am traditionellen Anlass in Uster als Hauptredner sprechen.

## Anknüpfen an Tradition

Mit Stockers Auftritt knüpft das Ustertag-Komitee, das jeweils die Referenten an den Anlass einlädt, an eine Tradition an, die lange galt: Am Ustertag sollen regelmässig auch Zürcher Politiker, die nicht im Bundesrat sind oder waren, zu Wort kommen. Das letzte Mal war dies 1995 der Fall, als FDP-Nationalrätin Vreni Spoerry-Toneatti über die «Herausforderung für die Schweiz» sprach.

Noch viel weiter in den Annalen zurückgeblättert werden muss, um festzustellen, wann das letzte Mal ein Zürcher Regierungsrat als Hauptredner zu hören war: 1962 referierte FDP-Regierungsrat Ernst Brugger aus Gossau über «Kirche und Staat im Kanton Zürich». Sieben Jahre nach seinem Auftritt in Uster war er in den Bundesrat gewählt worden.

## Vom Bauern zum Politiker

Der am 20. April 64-jährig werdende Stocker wurde 2010 in den Regierungsrat gewählt. Er war zunächst Vorsteher der Volkswirtschaftsdirektion, seit 2015 schaut er für die Zürcher Finanzen. Der Wädenswiler ist diplomierte Meisterlandwirt. Lange führte er einen landwirtschaftlichen Betrieb, den er inzwischen seinem Sohn verpachtet hat.

Vor der Wahl in die Zürcher Regierung gehörte Ernst Stocker ab 1987 dem Kantonsrat an, den er 2003/2004 auch präsidierte. Im Jahr 1998 wurde er zudem in seiner Heimatgemeinde Wädenswil zum Stadtrat gewählt. 2006 erfolgte die Wahl zum Stadtpräsidenten.

## Wädenswiler dominieren

Die Ustertagfeier vom 17. November wird im traditionellen Rahmen stattfinden – wobei nicht ganz, denn der Anlass ist diesmal fest in Wädenswiler Hand. So wird vor Stocker CVP-Nationalrat Philipp Kutter als Vorredner auftreten. Und Kutter hat neben seinem Mandat in Bern auch noch eines in Wädenswil: Er folgte 2010 Stocker als Wädenswiler Stadtpräsident nach.

## Apéro in der Landihalle

Der Festakt in der reformierten Kirche Uster beginnt um 14 Uhr. Musikalisch umrahmt wird die Feier wie im Vorjahr von der Stadtmusik Uster und dem Konzertchor des Sängerbunds. Nach der Kirche wird in der Landihalle ein Apéro offeriert, ehe der Bevölkerung ein Risotto in der Stadthalle serviert wird und die geladenen Gäste die Nachfeier im Stadthofsaal begeben. (cb)